

gen in hoher Qualität muß noch erweitert werden, und zwar im gesamten Deutschland, nicht nur in einem Teil Deutschlands.

(Beifall bei der PDS)

Zweitens: Die Frage, von welcher Fraktion hier heute weniger zur Sache und mehr eine Wahlkampfrede gehalten worden ist, scheint mir beantwortet.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion der F.D.P. der Abgeordnete Ortleb.

Prof. Dr. Ortleb für die Fraktion der F.D.P.:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Einigungsvertrag haben wir Liberalen auch gewollt, also werden wir ihn mitverantworten. Ein solches Vertragswerk zustande zu bringen und dadurch die deutsche Einheit zu vollenden, deshalb sind wir in die Koalition gegangen, und nicht seinetwegen haben wir sie Ende Juli verlassen. Nicht jede Einzelheit entspricht unseren Erwartungen. Darauf werden Kollegen meiner Fraktion noch zu sprechen kommen. Es gibt Passagen, die unfertig wirken, und der Umfang des Vertragswerkes widerspiegelt Nöte, in denen die Unterhändler befanden, weil sie sich unter dem Druck sahen, für im Grunde genommen Unvereinbares Vereinbarungsformen zu finden oder mindestens zu versuchen.

Manches im Vertrag, ich denke an Kultur und Wissenschaften, ist Absichtserklärung, und es wird sich erst noch herausstellen müssen, was davon realisiert werden kann. Wir ziehen gebührend in Betracht, daß die Dynamik des Einigungsprozesses das Tempo der Verhandlungen bestimmte. So konnte manches nicht ausreifen. Um so mehr anerkennen wir, was insgesamt erreicht wurde.

Meine Damen und Herren! Die F.D.P. stimmt dem Vertrag zu, weil sich mit ihm erstens die Vereinigung auf geordnete Weise im Interesse aller Deutschen, und auch dies nicht zuletzt im Interesse Europas, vollzieht. Wir sind zweitens dafür, weil mittels des Vertragswerkes die freiheitlich-demokratische Rechtsordnung, wie sie beispielhaft in der Bundesrepublik geschaffen wurde, nunmehr auch unsere Rechtsordnung wird. Das entspricht ganz und gar liberalen Intentionen und Wertvorstellungen. Die linke Opposition wirft uns Einverleibungspolitik und Kapitulation vor. Abgesehen davon, daß man nur vor Feinden kapitulieren kann, sollte jede Opposition, auch im wohlverstandenen Interesse ihrer Wähler, einzusehen versuchen, daß das —/leiste von dem, was sie in der DDR für bewahrenswert hält, nicht mit Realitätssinn bewahrt werden kann. Vieles, sei es auf sozialem, sei es auf kulturellem, sei es auf sportlichem Gebiet, diene der Manipulation des Bürgers zum Zwecke der Absicherung und des Funktionierens des alten Regimes.

(Beifall bei der F.D.P.)

Mit der Vereinigung muß fallen, was dieses Regime hervorgebracht hat. Wir Liberalen haben den Bürgern zu keiner Zeit Wunder versprochen, weder von den Wahlen am 18. März noch von der Einführung der DM. Es war auch kein Liberaler, der leichtfertigerweise den Satz wagte, mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion würde es keinem Bürger hierzulande schlechter gehen, auch wenn wir damit nicht sagen müßten: Es müßte ihm schlechter gehen.

Hans-Dietrich Genscher hat von Anfang an erklärt, die deutsche Einheit werde es nicht zum Nulltarif geben. Und wir sagen heute und hier: Der Einigungsvertrag als solcher bewirkt gar nichts, wenn es uns nicht gelingt, die Einheit auch in den Köpfen der Deutschen durch harte Arbeit tatsächlich zu vollenden. Die meisten wollen, daß sich etwas tut. Noch mehr wollen, daß sie mittun können und nicht auf diese oder jene Weise neben den Prozeß gestellt werden.

Dafür muß man aber, jeder einzelne für sich, die Erstarrung überwinden, in die ihn der alte Staat gebracht hat. Ob es gelingt, hängt in hohem Maße von den Parteien ab. Ein Grundkonsens aller Demokraten ist nötig, wollen wir auf dem vorgezeichneten Weg ohne soziale und politische Konflikte vorankommen. Und da bedaure ich sehr, daß die Vertrags Verhandlungen zeitweise unter den Druck wahltaktischer Manöver und parteiegoistischer Scheinargumente gerieten. Die deutsche Einheit wurde zur Waffe im Gerangel um Startpositionen für die Bundestagswahl am 2. Dezember. Und manche Politiker, die sie zu dieser Waffe machten, sprachen am lautesten von Würde, von Vernunft und vom Mantel der Geschichte.

Das haben die Bürger nicht verstanden, und wir Liberalen haben auch unsere Prügel bekommen. Und dadurch haben alle Parteien, auch die Unschuldigen, und die parlamentarische Demokratie hierzulande schlechthin Schaden genommen.

Wenn die Bürger nunmehr aufatmen, dann auch deshalb - seien wir uns dessen bewußt, meine Damen und Herren -, weil das Gezänk um Termine, weil die Scheingefechte und die Redeschlachten ohne Inhalt nun endlich hoffentlich - und ich hoffe sehr für heute - der Vergangenheit angehören.

Wenn ich eben den politischen Mißbrauch des Einigungsvertrages beklagte, so ist es andererseits eine glückliche Fügung, daß gerade jetzt die Parteien gezwungen sind, vor das Volk zu treten und Farbe zu bekennen. Entgegen Unkenrufen aus fast allen politischen Lagern vertrauen Ost- und West-Liberale im Sommer den Bürgern dieses Landes. Wir waren sicher, daß sie sich nach der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion besonnen verhalten und mit der DM vernünftig umgehen würden. Genauso sind wir jetzt davon überzeugt, daß die Bürger die Chance, die sich ihnen mit der Vollendung der Einheit eröffnet, wahrnehmen, daß sie die Freiheit und das Recht auf Entscheidung annehmen und nutzen werden, vorausgesetzt freilich, die Politik schöpft die Rahmenbedingungen aus, die mit dem vorliegenden Einigungsvertrag gegeben sind.

Ich sehe vor allem drei Schlüsselprobleme.

Erstens: Die Treuhandanstalt muß mit größter Effizienz arbeiten. Das hat viel mit Personalfragen zu tun, die meist politischer Natur sind. Sie alle, meine Damen und Herren, wissen von Seilschaften, die sich gegenseitig helfen, den Eindruck von Kompetenz und Loyalität entstehen zu lassen. Eigentum, soziale Marktwirtschaft und private Investitionen gehören zusammen. Solange die entsprechende Synchronität fehlt, verzögert sich der Aufschwung diesseits der Elbe weiter.

Zweitens: Es muß schleunigst für Rechtssicherheit gesorgt werden. Daran mangelt es aus unterschiedlichen Gründen, und dieser Mangel lähmt viele Bereiche des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens.

Ungereimtheiten und Widersprüche, die Gesetze blockieren, manchmal sogar Gesetze gegenseitig aufheben, müssen verschwinden. Bürger, Verwaltungen und Behörden, Unternehmen usw., sie alle müssen wissen, woran sie sind, was genau ihre Rechte und ihre Verpflichtungen sind.

Drittens: Von geradezu lebenswichtiger Bedeutung ist, den Aufbau der Länderstrukturen zügig zu betreiben. Das geht natürlich nur, wenn man sich in diesen Wochen auf die Lösung der vordringlichsten Probleme konzentriert und die Befriedigung landmannschaftlicher Eitelkeiten zurückstellt. Empfehlungen aus Berlin und demnächst aus Bonn sollte man in den Ländern als das werten, was sie in der Regel sind: Bemühungen, ihnen beim Wegräumen von Hindernissen zu helfen.

Meine Damen und Herren, wir Freien Demokraten sind für Berlin als Hauptstadt. Hauptstadt aber wird Berlin nur dann wirklich sein, wenn hier die Regierung Sitz hat. Man komme uns nicht mit dem bundesstaatlichen Charakter Deutschlands, der durch Berlin in Gefahr geriete. Das ist Unsinn. Es kommt auf die Strukturen an, auf den politischen Geist und auf die Verfassung, und die sind und bleiben föderalistisch.